



Das ehemalige LVR-Klinikum für Psychotherapie an der Barkhovenallee in Heidhausen steht seit Jahren leer. Auf dem Gelände plant der LVR eine Forensik-Klinik für Frauen. **Daniel Henschke**

Lokales

12. August 2025 | Seite 24

🕒 4 min.

Widerstand wächst gegen geplante Forensik

HEIDHAUSEN. Anwohner zweifeln an Gültigkeit des alten Bebauungsplans und wollen eine Bürgerinitiative gründen

Daniel Henschke

Anwohner der Barkhovenallee in Heidhausen protestieren gegen ihrer Meinung nach „flächenfressende“ Pläne für eine Forensische Klinik: „Hier sollen Acker- und Grünflächen großflächig bebaut werden.“ Und das aufgrund von mehr als 50 Jahre altem Baurecht. Der Landschaftsverband Rheinland (LVR) möchte eine Forensik bauen für bis zu 69 Patientinnen im Maßregelvollzug.

Dort sollen Frauen nach rechtswidrigen Taten „im Zustand der Schuldunfähigkeit oder der verminderten Schuldunfähigkeit“ untergebracht

werden. Seit Jahren steht das Gebäude der früher dort angesiedelten LVR-Klinik leer. Es gibt bereits einen gültigen Bebauungsplan, der die Nutzung für psychiatrische Behandlungen vorsieht.

Nachdem aber ein Vermessungstrupp gesichtet wurde vor Ort, der bereits „fertig“ wirkende Baupläne dabei gehabt haben soll, war der Frust groß. Gleich zwei große Freiflächen sollen bebaut werden?, fragen sich die verunsicherten Anwohner. Einer von ihnen ist Werner Schepers: „Als wir die Pläne gesehen haben, waren wir völlig fertig.“ Er mahnt an: „Wir Nachbarn möchten schnellstmöglich Informationen darüber, was denn nun ganz konkret dort geplant ist.“

Anwohner befürchten die Versiegelung von etlichen Flächen

Man habe angenommen, dass der Bestand abgerissen und an seiner Stelle neugebaut werde. Mit nicht weniger Versiegelung als bisher habe man gerechnet, aber eben auch nicht mit deutlich mehr. Doch nun würden anscheinend die angrenzenden Wiesen, die kleine Allee mit gerade erst zehn Jahre alten Bäumen, sie diene als Zufahrt zur LVR-Klinik, und die große Ackerfläche dem Projekt zum Opfer fallen.

In einem 2021 vom Rat der Stadt benannten Planungsbeirat sind Vertreter der Ratsfraktionen versammelt, der Bezirksvertretung 9, der Kirchen, Kliniken, aber auch Heidhauser Bürger. Die Planungsbeiratsmitglieder warten nun darauf, ihre Arbeit aufnehmen zu können. Das letzte diesbezügliche Schreiben von der LVR-Universitätsklinik Essen stammt aus dem Juni 2024. Das Landesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales habe mitgeteilt, dass nun Architektenleistungen für die Klinik vergeben würden. Wenn erste Planungen vorlägen, werde der Beirat einberufen.



Wir fordern transparente, parteiübergreifende Information der Bürger noch vor der Kommunalwahl.



Seitdem war Ruhe. Doch nun gibt es Unruhe rund um den geplanten Forensik-Standort. In der Facebookgruppe „Essen-Werden – Perle an der Ruhr“ überschlugen sich die Kommentare: „Weiterer Verlust von Natur, Lebensraum und Erholungsfläche hier in Essen-Heidhausen. Wer weiß mehr darüber und kann uns sagen, ob man uns arglistig täuschen will?“ Der Verdacht: Vor den Kommunalwahlen werde das Thema möglichst leise behandelt, um keine Bürgerproteste zu provozieren. Kurz nach der Wahl könnte die Planänderung für die Forensik veröffentlicht und umgesetzt werden, trotz massiver Eingriffe in Grünflächen.

Auch wurde Bezug genommen auf zwei bereits beschlossene Baugebiete an der Barkhovenallee und der Jacobsallee, also in unmittelbarer Nachbarschaft zum geplanten Forensik-Neubau. Diese Baumaßnahmen hätten zwar nichts mit der Forensik zu tun, ihnen würden aber schon genügend Grünflächen in Heidhausen zum Opfer fallen. Auch sei nie genau untersucht worden, wie stark kontaminiert die sogenannte Hundewiese wirklich sei.

Ein seit 1974 gültiger Bebauungsplan, dessen Bedeutung offensichtlich unterschätzt worden sei, stelle die Grundlage für massive Bebauung dar, deren Umfang nahezu der Größe des Neubaugebiets „Grüne Harfe“ entspreche. In der Tat sind dort unter anderem ein Psychiatrisches Behandlungszentrum auf der „Pferdekoppel“ und ein Stellplatz auf der aktuell landwirtschaftlich genutzten Fläche vermerkt. Und zwei sogenannte „Sicherheitszonen“.

Nun wird dazu aufgerufen, eine Bürgerinitiative zu gründen, um die Gültigkeit des Bebauungsplans aus den 1970er Jahren juristisch prüfen zu lassen, eine Anpassung an „heutige ökologische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen“ zu fordern, und „den drohenden Flächenfraß in Heidhausen politisch wie öffentlichkeitswirksam zu stoppen“. Werner

Schepers deutet an, dass man Flugblätter verteilen und bald zu einer Demo aufrufen werde: „Wir fordern transparente, parteiübergreifende Information der Bürger noch vor der Kommunalwahl.“

Estelle Fritz vom Bündnis „Grüne Lungen für Essen“ kritisiert, dass hier Grünflächen vernichtet würden auf Grundlage von sehr alten Bebauungsplänen: „Wir leben doch heute definitiv in einer anderen Zeit. Was wurde von der Politik in den letzten Jahren unternommen, dem Land eine alternative Fläche anzubieten? Am besten im Bestand oder bereits versiegelt.“ Das Bündnis wolle eine Bürgerinitiative gerne unterstützen.

Der Essener Gesundheits- und Sozialdezernent Peter Renzel hatte sich bereits dahingehend geäußert, dass ähnlich wie im sogenannten „forensischen Dorf“ in Düren auf einen hochragenden Klinikkomplex verzichtet werden solle. Er schlage zu einem geeigneten Zeitpunkt eine Bürgerversammlung in Heidhausen vor. Doch dafür müssten erst einmal konkrete Planungen vorliegen. Da es nun so weit zu sein scheint, möchten die Anwohner nun schnellstens „mit ins Boot genommen“ werden.
